

An
Stadtrat Kempten Allgäu
Vorsitzender
Oberbürgermeister Thomas Kiechle
Rathausplatz 22

87435 Kempten

Kempten, 21.09.2020

Einreicher: AfD Stadtrat Thomas Senftleben

2. AfD Stadtrat Christian Kaser

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kiechle,
lieber Thomas,

folgender Antrag zur weiteren Bearbeitung.

Der Stadtrat Kempten stellt fest:

Die Vorfälle rund um die bewiesene Brandstiftung durch Flüchtlinge im Lager Moria wären vermeidbar gewesen. Das jahrelange Setzen von Anreizen, über teils dutzende Ländergrenzen sein Glück in Europa und insbesondere Deutschland zu suchen, ist die Wurzel allen auf Lesbos beobachteten Leids.

Es wäre weiter vermeidbar gewesen, dass sich unsere Stadt Kempten nun Forderungen aus dem Stadtrat Kempten ausgesetzt sieht, aktionistisch weitere Migranten von dort aufzunehmen. Politische Verantwortung wahrnehmen bedeutet nicht, lediglich auf Emotionen und den Weg des medial geringsten Widerstands zu setzen. Hier muss klar gezeigt werden, dass sich Migration und Einwanderung nicht erzwungen oder moralisch erpresst werden darf.

Die Stadt Kempten lehnt folglich die Aufnahme von Flüchtlingen als „Antwort“ auf die Brandstiftung im Lager Moria entschieden ab. Die Teilnahme des Technischen Hilfswerks (THW) oder anderer örtlicher Organisationen an Hilfsmaßnahmen auf Lesbos darf ferner nicht zu einer Mehrbelastung des Haushalts durch kopflose Subventionen oder (verdeckte) Zahlungen führen. Ob direkt oder indirekt. Die Gesamtverantwortung, Maßnahmen zu einer effektiven Grenzsicherung und den Abbau von falschen Anreizen zu ergreifen, liegt bei der Bundesregierung. Wir lehnen einen vollkommen verantwortungslosen moralischen Wettlauf auf Kosten der Steuerzahler ab. Vielmehr ist dem menschlichen Leid vor Ort durch sinnvolle Anleitung der griechischen Verwaltung und eine geregelte Rückführung der Migranten zu begegnen.

Wir kritisieren in diesem Zusammenhang entschieden die Forderung des Deutschen Städtetages, namentlich dessen Präsidenten und Leipziger Oberbürgermeisters Burkhard Jung, es dürfe keine „europäische Lösung“ abgewartet werden, sondern Deutschland müsse sofort Flüchtlinge aufnehmen. Dies unterläuft die Zuständigkeit des Bundes gemäß Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und Asylgesetz (AsylG).

Wir stimmen vielmehr der Aussage des Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, zu, welcher zu Recht davor warnt, dass die Position Deutschlands gegenüber EU und den Ländern der Migrationsströme nicht noch weiter geschwächt werden darf. Alleingänge von Städten und Kreisen würden genau dies bedeuten. Auch die bloße entsprechende Forderung in Richtung Bundesinnenministerium, dies „auf Zuruf“ zu gestatten. Subsidiarität muss auf der Ebene unserer Stadt Kempten gerade in einer so bedeutenden Frage gelebt werden.

Der Stadtrat Kempten beschließt daher:

1. Die Stadt Kempten in keiner Weise an tatsächlichen oder über die Presse lancierten „Sonderzuteilungsverfahren“ von Flüchtlingen (de facto Migranten) zu beteiligen.
2. Den Haushalt auch nicht indirekt durch die Teilnahme an sonstigen Symbolmaßnahmen zu belasten, sei deren Fokus innerhalb oder außerhalb von Deutschland.
3. Sich gegenüber Presse und Öffentlichkeit jederzeit entschieden gegen das Setzen von falschen Anreizen auf jeder Ebene staatlichen Handelns auszusprechen, soweit es das Asylsystem, bzw. die de facto Zuwanderung nach Deutschland betrifft.

Die Stadträte der AfD

Mit freundlichen Grüßen

Stadtrat Thomas Senftleben
(Im Original gezeichnet)